

Niederschrift

Gremium	Sitzung - UwE/050(VII)/24			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Umwelt und Energie	Dienstag, 13.02.2024	Ratssaal	17:00 Uhr	19:20 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 16.01.2024
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Beschlussvorlagen
 - 5.1 46. Änderung des Flächennutzungsplanes "Albert-Vater-Straße 140" DS0575/23
BE: Frau Krischel, FB 64
 - 5.1.1 46. Änderung des Flächennutzungsplanes "Albert-Vater-Straße 140" DS0575/23/1
Herr Rösler, SPD - Stadtratsfraktion
 - 5.2 Erneuter Beschluss über den Entwurf der 36. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg „Hammersteinweg Ostseite“ sowie seiner Auslegung DS0349/23
BE: Frau Krischel, FB 64
 - 5.2.1 Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 242-2.1 "Hammersteinweg Ostseite" DS0346/23
BE: Frau Schäffer, FB 64
 - 5.2.2 Öffentliche Auslegung des Entwurfs und Änderung des Geltungsbereichs zum vorhabenbezogenen B-Plan Nr. 242-2.1 "Hammersteinweg Ostseite" DS0348/23
BE: Frau Schäffer, FB 64

- | | | |
|-------|--|------------|
| 5.3 | Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 302-7 "Harsdorfer Straße/Europaring"
BE: Frau Schäferhenrich, FB 64 | DS0611/23 |
| 5.4 | Aufstellung des Bebauungsplan Nr. 489-3 "Nördlich Sohlener Straße"
BE: Frau Schäferhenrich, FB 64 | DS0641/23 |
| 5.5 | Aufstellung und öffentliche Auslegung des Entwurfs zum einfachen Bebauungsplan "Stellplatzbegrünungssatzung"
BE: Frau Schäferhenrich, FB 64 | DS0107/23 |
| 5.6 | Finanzielle Einordnung des Elektromobilitätskonzeptes der Landeshauptstadt Magdeburg
BE: Herr Siesing, FB 64 | DS0405/23 |
| 5.7 | Flächenbefestigung Denkmal Magdeburger Recht
BE: Herr Gunkel, FB 64 | DS0644/23 |
| 6 | Anträge | |
| 6.1 | Status des Hochwasserschutz in Magdeburg
Herr Rösler, SPD - Stadtratsfraktion | A0188/23 |
| 6.1.1 | Status des Hochwasserschutz in Magdeburg
Herr Mertens, Fraktion AfD | A0188/23/1 |
| 6.1.2 | Status des Hochwasserschutzes in Magdeburg
BE: Herr Rocke, Amt 66 | S0544/23 |
| 7 | Informationen | |
| 7.1 | Umsetzung Beschluss-Nr. 5675-065(VII)23 Energiewende für Alle zum Mitmachen - Balkonkraftwerke fördern
BE: Frau Scheerenberg, FB 67 | I0294/23 |
| 8 | Verschiedenes | |

Anwesend:

Vorsitzende/r

Burkhard Moll

Mitglieder des Gremiums

Kathrin Natho

Andreas Schumann

Dr. Niko Zenker

Sachkundige Einwohnerinnen

Jennifer Lemke

Christiane Steil

Abwesend

Mitglieder des Gremiums

Aila Fassl

Anke Jäger

Frank Pasemann

Sachkundiger Einwohner

Hartmut Beyer

- vertreten durch René Hempel
- vertreten durch Ronny Kumpf

Verwaltung:

Andrea Scheerenberg

Hendrik Schulz

Karen Ellermann

Franziska Schlenker

Florian Gruhle

Claudia Schäffer

Sybille Krischel

Elke Schäferhenrich

Stefan Siesing

Carsten Gunkel

Matthias Rocke

Chris Wasser

Vertretung BG VI

FDL 67.2

FD 67.2, Protokoll

FD 67.2, Protokoll

FD 67.2, Technik

FB 64

FB 64

FB 64

FB 64

FB 64

Amt 66

EB KGM

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende **Stadtrat Moll** eröffnet um 17:03 Uhr die Sitzung und stellt mit **5/7** Stadträtinnen und Stadträten die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Abstimmung über die Tagesordnung: 4 – 0 – 1

3. Genehmigung der Niederschrift vom 16.01.2024

Abstimmung über die Niederschrift vom 16.01.2024: 1 – 0 – 4

4. Einwohnerfragestunde

Es sind keine Bürgerinnen und Bürger zur Fragestunde erschienen.

5. Beschlussvorlagen

5.1. 46. Änderung des Flächennutzungsplanes "Albert-Vater-Straße 140"

Vorlage: DS0575/23

5.1.1. 46. Änderung des Flächennutzungsplanes "Albert-Vater-Straße 140"

Vorlage: DS0575/23/1

Frau Krischel stellt die Drucksache und in Folge auch den Änderungsantrag der SPD – Stadtratsfraktion vor.

Stadtrat Kumpf betritt um 17:06 Uhr den Sitzungssaal, anwesende Stadträtinnen und Stadträte **6/7**.

Stadtrat Moll erfragt, wo genau die Kaltluftschneise verlaufe.

Frau Krischel informiert, dass diese in Höhe der Fritz-Reuter-Straße bei der AGIP - Tankstelle entsprechend dargestellt sei.

Stadtrat Dr. Zenker und auch **Stadtrat Moll** möchten wissen, welcher Geschosswohnungsbau geplant sei.

Frau Krischel antwortet, dass dies im B-Plan festgeschrieben werden wird, man jedoch das klimafreundliche Konzept beachten müsse.

Stadträtin Natho fehle hier eine Analyse zum Geschosswohnungsbau, da der sich örtlich anschließende B-Plan Harsdorfer Straße ebenfalls eine derartige Bebauung vorsehe.

Frau Schäferhenrich informiert, dass vorliegend der Flächennutzungsplan von einer Grünfläche zu einer Wohnbaufläche geändert werden soll. Über Art und Höhe der Bebauung werde dann im B-Planverfahren entschieden.

Stadtrat Hempel führt aus, dass diese Drucksache bereits im StbV vorgestellt wurde. Das geplante Bebauungskonzept sei nachvollziehbar und eine Versiegelung der Fläche mit Mehrgeschossern sehr sinnvoll.

Durch **Stadtrat Schumann** wird erwähnt, dass der StbV über diese Drucksache mit 7 – 0 – 2 abgestimmt habe, der Änderungsantrag sei abgelehnt worden. Seine Fraktion unterstütze das Hauptverfahren.

Stadtrat Dr. Zenker begründet nochmals den Änderungsantrag seiner Fraktion und betont, dass eine vernünftige Bebauung geplant werden solle, wenn diese Grünfläche schon umgewandelt werden wird.

Abstimmung über die DS0575/23: 3 – 2 - 1

Abstimmung über die DS0575/23/1: 1 – 5 – 0

- 5.2. Erneuter Beschluss über den Entwurf der 36. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg „Hammersteinweg Ostseite“ sowie seiner Auslegung
Vorlage: DS0349/23
 - 5.2.1. Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 242-2.1 "Hammersteinweg Ostseite"
Vorlage: DS0346/23
 - 5.2.2. Öffentliche Auslegung des Entwurfs und Änderung des Geltungsbereichs zum vorhabenbezogenen B-Plan Nr. 242-2.1 "Hammersteinweg Ostseite"
Vorlage: DS0348/23
-

Frau Krischel stellt die Drucksache vor.

Die sachkundige Einwohnerin Lemke betritt um 17:19 Uhr den Ratssaal.

Frau Schäffer stellt sodann die beiden anderen Drucksachen vor. Sie berichtet, dass die Gebäudehöhen herabgesetzt werden sollen. In der Nordfläche würde sich die Grünfläche verdoppeln. Es soll eine Überarbeitung des Artenschutzbeitrags geben, zu dem sie die verschiedenen Punkte vorstellt.

Stadtrat Moll lobt die überarbeitete Drucksache und berichtet, dass die Anwohner Angst Haben würden, dass die schadstoffverseuchte Erde gesundheitsschädigend sein kann. Gäbe es ein Gutachten und wie werde der kontaminierte Boden entsorgt?

Frau Schäffer bestätigt, dass diese Bedenken auch mehrfach an die Verwaltung herangetragen worden seien. Erste Untersuchungen hätten bereits stattgefunden und die Abtragungen würden ebenfalls entsprechend begleitet werden. Dies sei sehr kostenintensiv.

Stadtrat Hempel äußert seine Bedenken zu den Gefahren für das Grundwasser und erfragt, wie tief die Kontaminierung des Bodens wäre. Man müsse die Ängste der Bürger ernst nehmen und die Abtragung kommunikativ begleiten.

Frau Schäffer schätzt eine Kontaminierung auf etwa 1 m Bodentiefe ein und verweist auf noch ausstehende detaillierte Untersuchungen. Auf der durchgeführten Bürgerversammlung sei die Bürgerschaft dazu umfänglich informiert worden.

Stadtrat Moll möchte wissen, was mit dem Denkmal passieren werde.

Frau Schäffer teilt mit, dass es eine archäologische Begleitung durch die Landesbehörde geben werde. Man müsse erst die Freilegung abwarten.

Stadträtin Natho fragt nach der Entscheidung zum Abwasser und ob der Trümmerberg abgetragen oder eingeebnet werde.

Frau Schäffer antwortet, dass die Abwasserentsorgung Aufgabe des Eigentümers bzw. des Vorhabenträgers sei. Im Weiteren führt sie aus, dass es zu einem Abtrag des Trümmerschutthügels kommen werde, da eine Tiefgarage geplant sei. Es sollen möglichst viele Bäume speziell im Randbereich erhalten bleiben, hier müsse jedoch die Bauphase abgewartet werden. Das Verfahren sei noch lange nicht abgeschlossen, aktuell solle erstmal die Auslegung des Entwurfs erfolgen.

Stadtrat Hempel stellt die Annahme auf, dass es zu einem besonderen Fund bei den archäologischen Grabungen kommen könne, was eine mögliche Unterschutzstellung nach sich ziehen würde.

Stadtrat Dr. Zenker befürwortet die Maßnahmen, verweist ebenfalls auf die Sorgen der Anwohner, dass eventuell belastete Stoffe in die Luft gelangen könnten.

Frau Schäffer teilt mit, dass es viele Gesetze und Vorschriften in der BRD gebe, die bei solchen Maßnahmen eingehalten werden müssen.

Abstimmung über die DS0349/23: 5 – 0 – 1

Abstimmung über die DS0346/23: 6 – 0 – 0

Abstimmung über die DS0348/23: 5 – 0 – 1

5.3. Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 302-7 "Harsdorfer
Straße/Europaring"
Vorlage: DS0611/23

Frau Schäferhenrich erläutert die Drucksachen.

Stadträtin Natho kritisiert, dass anhand der Vorlage nicht erkennbar sei, was gebaut werden wird.

Hierzu führt **Frau Schäferhenrich** aus, dass ein qualifizierter B-Plan noch aufgestellt werden soll. Das Interesse liege bei einem urbanen Mischgebiet mit Hotel- und Wohnnutzung.

Durch **Stadtrat Hempel** wird das vorgegebene Planungsziel ebenfalls kritisiert. Es mache schon einen Unterschied, ob ein Hotel oder Wohnhäuser errichtet werden würden, daraus ergebe sich ja dann auch erst die verkehrliche Nutzung des Plangebietes.

Frau Schäferhenrich informiert, dass die Gebäude (4-Geschosser) bereits festgeschrieben seien, die Baugenehmigungen lägen auch schon vor. Der Investor sei jedoch abgesprungen.

Stadträtin Natho erkundigt sich, ob an diesem Gebiet Fernwärmeversorgung anliegen würde.

Frau Schäferhenrich erklärt, dass dies nicht bekannt sei, aber jederzeit im B-Plan festgeschrieben werden könne.

Stadtrat Dr. Zenker fordert in diesem Zusammenhang einen Änderungsantrag des UwE zur Prüfung eines Anschluss- und Benutzungszwanges für Fernwärme.

Diese Forderung eines Zwanges hält **Stadtrat Schumann** für nicht klug, da die Kosten nicht geklärt seien. Man solle zunächst mit den SWM diesbezüglich ins Gespräch kommen, inwieweit Fernwärme abgesichert werden könne.

Stadtrat Hempel informiert, dass dort Fernwärmeleitungen liegen würden. Er weist darauf hin, dass man nicht immer den Wunsch von Investoren nachkommen solle, sondern eine sinnvolle Stadtentwicklung im Blick haben müsse.

Sodann wird über folgenden Änderungsantrag DS0611/23/1 abgestimmt:

Der Ausschuss für Umwelt und Energie empfiehlt dem Stadtrat folgende Änderung:

Als Planungsziel soll ergänzt werden:

Es ist eine Überprüfung zur Nutzung von Fernwärme-(mit Anschluss- und Benutzungsanspruch nach § 11 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt) vorzunehmen.

Abstimmung über DS0611/23/1: 4 – 2 – 0

Abstimmung über DS0611/23: 4 – 2 – 0

- 5.4. Aufstellung des Bebauungsplan Nr. 489-3 "Nördlich Sohlener Straße"
Vorlage: DS0641/23
-

Frau Schäferhenrich informiert zur Drucksache.

Stadtrat Schumann verlässt um 17:51 Uhr die Sitzung, anwesende Stadträte und Stadträtinnen: **5/7**.

Stadtrat Dr. Zenker erfragt, ob eine Möglichkeit bestehen würde, die Buslinie 66 durch das neue Wohngebiet zu führen und entsprechend festzuschreiben.

Frau Schäferhenrich antwortet, dass dies nicht im B-Plan festgeschrieben werden könne, jedoch könnten notwendige Flächen vorgehalten werden.

Stadtrat Hempel bittet um einen entsprechenden Änderungsantrag in Anlehnung an den Nahverkehrsplan bzw. dem VEP 2030 plus, da das Angebot unzureichend sei. Das Zusammenwirken zwischen Wohnraum und Nahverkehr sei wichtig, regelmäßig werde hier Kritik aus der Bürgerschaft an den Stadtrat herangetragen. Deswegen müsse hier im Vorfeld reagiert werden.

Dies befürwortet auch **Stadtrat Dr. Zenker**. Es müsse als zusätzliches Planungsziel festgesetzt werden, dass mindestens 1 Straße für den ÖPNV im Plangebiet vorzuhalten sei. So könne man zukünftige Diskussionen in der B-Planphase verhindern.

Frau Schäferhenrich erklärt nochmals, dass eine Festsetzung im B-Plan nicht vorgesehen sei, jedoch der Stadtrat hierüber jederzeit beschließen könne.

Stadträtin Natho fordert, eine zusammenhängende Grünfläche in diesem Plangebiet zu erhalten.

Durch **Stadtrat Moll** wird erfragt, ob Spielplätze berücksichtigt seien.

Frau Schäferhenrich weist darauf hin, dass vorliegend die Spielplatzkonzeption beachtet werden müsse. Sollte ein Flächendefizit bestehen, würde eine entsprechende Spielplatzfläche geplant werden müssen.

Die **sachkundige Einwohnerin Lemke** bittet um Erweiterung des Änderungsantrages, das Gebiet mit erneuerbaren Energien zu versorgen. Hier könne eine gute Möglichkeit zur Wärmeversorgung mit erneuerbaren Energien geschaffen werden.

Dieser Zusatz wird auch von **Stadtrat Hempel** begrüßt. Zusätzlich möchte er wissen, ob der bestehende Pachtvertrag mit dem Bauern bereits gekündigt sei.

Hierzu informiert **Frau Schäferhenrich**, dass hinsichtlich der Wärmeversorgung ein entsprechender Prüfauftrag erteilt werden müsse. Jedoch wolle die SWM ohnehin in Magdeburg ein Musterquartier mit Geothermie errichten. Im Weiteren teilt sie mit, dass der Baulandentwickler bereits dabei sei, die Grundstücke aufzukaufen.

Folgender Änderungsantrag DS0641/23/1 wird beschlossen:

Der Ausschuss für Umwelt und Energie empfiehlt dem Stadtrat folgende Änderung:

Unter Punkt 2 sind folgende Planungsziele hinzuzufügen:

- **Planung einer Straße für die verkehrliche Nutzung durch den ÖPNV**
- **Überprüfung der Möglichkeit eines gemeinsamen Netzes für die Nutzung erneuerbarer Energien und/oder zentraler Wärmepumpen**

Abstimmung über die DS0641/23/1: 4 – 0 – 1

Abstimmung über die DS0641/23: 4 – 0 – 1

- 5.5. Aufstellung und öffentliche Auslegung des Entwurfs zum einfachen Bebauungsplan "Stellplatzbegrünungssatzung"
Vorlage: DS0107/23
-

Der Ausschussvorsitzende **Stadtrat Moll** informiert die Anwesenden, dass die DS0107/23 vom StbV in die Verwaltung zurücküberwiesen wurde. Er schlägt daher vor, diese Drucksache in 1. Lesung zu behandeln. Wenn die geforderten Änderungen dann durch die Verwaltung ergänzt seien, würde die 2. Lesung mit anschließender Abstimmung erfolgen.

Die Ausschussmitglieder erklären sich mit dieser Verfahrensweise einverstanden.

In Folge wird durch **Frau Schäferhenrich** die Drucksache vorgestellt.

Stadträtin Natho lobt die Drucksache und erfragt, ob diese Satzung dann für alle Parkflächen gelten würde. Außerdem sei ihr unklar, warum das Stadtbaumkonzept nur als Anlage beigefügt sei.

Frau Schäferhenrich antwortet:

1. Diese Satzung gelte dann nur für neue bzw. Umbauflächen.
2. Das Stadtbaumkonzept folgt in Kürze als Beschluss zur Drucksache.

Stadtrat Moll lobt die Drucksache ebenfalls, äußert jedoch Bedenken, dass die Flächen dann gar nicht mehr bearbeitet werden würden.

Durch **Stadtrat Dr. Zenker** wird die Einteilung der einzelnen Bereiche bemängelt, diese seien lückenhaft, der Stadtteil Westerhüsen sei so gut wie gar nicht berücksichtigt.

Frau Schäferhenrich teilt mit, dass sich die Satzung nur auf bebautes Gebiet nach § 34 BauGB beziehe. Dies betreffe große ebenerdige Parkflächen, EFH – Gebiete seien ohnehin ausgenommen. Deswegen konnte der Stadtteil Westerhüsen nicht berücksichtigt werden.

Mit dieser Antwort ist **Stadtrat Dr. Zenker** nicht einverstanden. Der Ortsteil Beyendorf - Sohlen sei ebenfalls unterschiedlich aufgeteilt, er habe das Gefühl, man habe die Dörfer als Dorfkern gesehen, da die Flächen schon hochversiegelt seien. Er stellt eine willkürliche Auswahl in den Raum und bittet um ein Beteiligungsverfahren, um die Gebiete anzupassen.

Frau Schäferhenrich erläutert, dass B-Plan und Stellplatzbegrünungssatzung deckungsgleich seien und man beachten müsse, wie die jeweiligen Satzungen sich zueinander verhalten würden.

Durch **Stadtrat Hempel** wird erfragt, warum in der Drucksache die Anlagen zur Klimaanalyse und zur CO₂ – Belastung 10 Jahre alt seien.

Frau Schäferhenrich stimmt dem zu und ergänzt, dass dies die aktuellsten Daten seien, eine Überarbeitung müsse zwingend erfolgen.

Frau Scheerenberg informiert, dass dies durch die Stabsstelle Klima durchgeführt werden und dann in der 2. Lesung entsprechend vorgestellt werden könne.

Durch den Ausschussvorsitzenden **Stadtrat Moll** werden die Ausschussmitglieder befragt, ob die Drucksache nach dieser Diskussion in 1. Lesung zur Kenntnis genommen werden oder beschlossen werden soll.

Abstimmung über DS0107/23: in 1. Lesung zur Kenntnis genommen

- 5.6. Finanzielle Einordnung des Elektromobilitätskonzeptes der
Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0405/23
-

Herr Siesing erläutert seine Drucksache.

Es ergibt sich kein weiterer Diskussionsbedarf.

Abstimmung über die DS0405/23: 4 - 1 - 0

- 5.7. Flächenbefestigung Denkmal Magdeburger Recht
Vorlage: DS0644/23
-

Herr Gunkel stellt die Drucksache vor.

Durch **Stadtrat Moll** wird mitgeteilt, dass dies das Denkmal auf jeden Fall aufwerten würde.

Stadtrat Dr.Zenker begrüßt ebenfalls diese Gestaltung und erkundigt sich nach der Installation von Stromanschlusskästen.

Dies wird durch **Herrn Gunkel** verneint. Beleuchtungsanlagen seien derzeit nicht vorgesehen.

Stadtrat Hempel möchte wissen, in welchem Straßenbereich sich das Denkmal genau befinde.

Herr Gunkel erläutert den Standort anhand des Stadtplanes.

Abstimmung über die DS0644/23: 5 - 0 - 0

6. Anträge

- 6.1. Status des Hochwasserschutz in Magdeburg
Vorlage: A0188/23
- 6.1.1 Status des Hochwasserschutz in Magdeburg
Vorlage: A0188/23/1
- 6.1.2 Status des Hochwasserschutzes in Magdeburg
Vorlage: S0544/23
-

Stadtrat Kumpf stellt den Änderungsantrag seiner Fraktion vor.

Herr Rocke erläutert sodann die Stellungnahme der Verwaltung.

Es ergeben sich keine weiteren Fragen.

Abstimmung über den A0188/23: 4 – 0 – 1

Abstimmung über den A0188/23/1: 1 – 4 – 0

S0544/23: zur Kenntnis genommen

7. Informationen

- 7.1. Umsetzung Beschluss-Nr. 5675-065(VII)23 Energiewende für
Alle zum Mitmachen - Balkonkraftwerke fördern
Vorlage: I0294/23
-

Frau Scheerenberg erklärt die Informationsvorlage.

Die **sachkundige Einwohnerin Lemke** widerspricht den Ausführungen und weist darauf hin, dass in anderen Kommunen dies auch umgesetzt werden würde. Sie informiert, dass das Gesetzespaket zur Solarenergie der Bundesregierung sich aktuell in der Abstimmungs- und Beschlussphase des Bundestages befände und dass sich der SR-Beschluss hier ohnehin erledigt habe. Abschließend führt sie zu den Hinweisen des VDE aus.

8. Verschiedenes

Stadtrat Moll bezieht sich auf eine Anfrage an die Verwaltung aus der **UwE – Sitzung vom 13.09.2022** hinsichtlich mehrerer Bürgerbeschwerden zur fehlenden Abwasserentsorgung aus Hohmanns Badeanstalt. Jetzt liegt die Antwort der Verwaltung mit folgendem Wortlaut vor:

„Die Prüfung der unteren Wasserbehörde hat ergeben, dass in der Wochenendsiedlung Hohmanns Badeanstalt keine Abwasserentsorgung abweichend von satzungs- und wasserrechtlichen Vorschriften ermittelt werden konnte. Zusätzlich wurden die Betreiber der Grundstücksentwässerungsanlagen durch den Grundstücksverwalter über die Betreiberpflichten informiert.“

Weitere Fragen und Hinweise gibt es seitens der Ausschussmitglieder nicht.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Burkhard Moll
Vorsitzender

Karen Ellermann
Schriftführerin